

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1066

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1066



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Lilienberg Gedanken

Die Folgen der Personenfreizügigkeit

Brisant und hochaktuell – es fehlt aber die ganzheitliche Auseinandersetzung

Erkenntnisse aus dem Zyklus «Die Folgen der Personenfreizügigkeit» (April bis Dezember 2012)

Das Thema Personenfreizügigkeit und ihre Folgen beschäftigen in zunehmendem Masse die Öffentlichkeit. Was die einzelnen Menschen in ihrem Alltag spüren und fühlen, werden als Auswirkungen der seit Jahren anhaltenden Einwanderungswelle infolge des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU verstanden und mit wachsendem Unbehagen wahrgenommen – ob zu Recht, sei vorläufig dahingestellt. Während dieses Thema von der offiziellen Schweiz – von Regierungen, Parlamenten, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen sowie von weiten Teilen der Wirtschaft während langer Zeit ignoriert und sogar bewusst kleingeredet wurde, bearbeiten es verschiedene Kreise seit längerem, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Erst jüngst meldeten sich auch verschiedene Professoren und Institutionen mit neuartigen Vorschlägen zu Wort, während sich die Parteien der Mitte langsam dem Thema anzunähern versuchen.

Was aber nach wie vor weitgehend fehlt, ist eine grundsätzliche und ganzheitliche Auseinandersetzung. Die **Stiftung Lilienberg Unternehmerforum** hat darum in enger Zusammenarbeit mit dem **Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich** eine Veranstaltungsreihe durchgeführt, um sich sachlich-nüchtern mit diesem brisanten Thema umfassend und ganzheitlich auseinanderzusetzen.

Die Erkenntnisse der Gesprächsreihe sind hier in Form von **Postulaten** wiedergegeben. Die Publikation ist als Diskussionsbeitrag und Gedankenanstoss gedacht und richtet sich an die Öffentlichkeit, die Medien, Parlamentarier, Regierungen, Gemeinden sowie die Ämter der Kantone. Aufgezeigt werden soll insbesondere, wo Handlungsbedarf besteht und wer in der Pflicht steht. Es wird im Text bewusst weitgehend auf die Wiedergabe von Fakten verzichtet, es sei hier auf die einschlägigen Statistiken verwiesen.



Auch das ist eine Folge der Personenfreizügigkeit: Die Züge sind in den Stosszeiten übervoll. In der Bevölkerung macht sich Unbehagen breit, man fühlt sich im Lebensraum eingengt.

Worum geht es?

Der Begriff Personenfreizügigkeit bedeutet «freier Personenverkehr» und bezeichnet in erster Linie die Freiheit, in einem anderen Land als dem Heimatland wohnen und arbeiten zu dürfen. Zentral ist zum einen der Abbau von Personenkontrollen und zum andern die Arbeitnehmer-Freizügigkeit, das Niederlassungsrecht, das Aufenthaltsrecht, die Anerkennung von Ausbildungsbescheinigungen sowie die Freizügigkeit betreffend Sozialversicherungen. Der Begriff findet hauptsächlich in der Schweiz im Zusammenhang mit den Bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU Verwendung. Die Vereinbarung der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU trat im Rahmen der Bilateralen Verträge I zum 1. Juni 2002 in Kraft.

Diese Personenfreizügigkeit bescherte der Schweiz einen Einwanderungsstrom, der die zuvor gestell-

ten Prognosen und skizzierten Szenarien bei weitem übertraf. Als Folge davon erlebte die Schweiz in den vergangenen Jahren eine jährliche Bevölkerungszunahme von netto 80'000 Einwohnern, was ungefähr der Grössenordnung der Stadt St.Gallen entspricht. Gegenüber früheren Einwanderungen kommen heute vor allem gut qualifizierte Arbeitskräfte in die Schweiz, wo sie sehr oft Führungspositionen einnehmen. Einen namhaften Teil dieser Einwanderer stammt aus Deutschland. So stieg die deutsche Wohnbevölkerung in der Schweiz von 1995 bis 2010 von 96'000 auf 270'000 Personen an. Auch wenn es völlig unbestritten ist, dass die Volkswirtschaft Schweiz auf gut qualifizierte ausländische Arbeitskräfte zwingend angewiesen ist, löst diese Einwanderung zunehmend Unbehagen und Ängste aus – und zwar in mehrerlei Hinsicht.

Die Wahrnehmung in der Bevölkerung

1. Die Schweiz wird zubetoniert

Diese für unser Land enorme Zuwanderung führt zu einer grossen und in den Agglomerationen überall sichtbaren rasanten Bautätigkeit, welche das Gesicht der Quartiere, Dörfer und Landschaften verändert und oft genug verunstaltet. Die Bauzonen füllen sich schnell auf und die gewachsenen kleinräumigen

Strukturen werden zerstört. Die vertraute Umgebung verändert sich rasch: «Die letzte grüne Wiese wird überbaut», ist ein viel gehörtes Wort oder «Die Schweiz wird zubetoniert». Statistisch lässt sich nachweisen, dass in der Schweiz pro Sekunde ein Quadratmeter Boden überbaut wird, pro Tag mehr als zehn Fussballfelder. Der Siedlungsbrei breitet sich über unser ganzes Land aus.



Die stetige Überbauung zersiedelt zunehmend die Landschaft - hier Hergiswil im Kanton Nidwalden.

2. Unsere Infrastruktur kollabiert

Die Zunahme der Wohnbevölkerung und das damit verbundene Verkehrsaufkommen führt zu einer Strapazierung der ungleich wachsenden Infrastruktur, namentlich der Verkehrsinfrastruktur, die teilweise an der Grenze der Belastbarkeit Kollaps steht. Eine ganze Reihe von neuralgischen Nationalstrassenabschnitten können zu gewissen Tageszeiten kaum mehr befahren werden, was nicht nur grossen Ärger, sondern immensen volkswirtschaftlichen Schaden verursacht. Im Bereich des öffentlichen Verkehrs sind die allermeisten Züge und Busse in den Stosszeiten übervoll, während viele Bahnhöfe bereits heute weit über ihre Kapazitätsgrenzen hinaus belastet werden. Das Unfallrisiko erhöht sich dabei, was zu Katastrophen grösseren Ausmasses führen könnte! Hier ist das latente Enggefühl in unserem Land direkt sicht- und spürbar.

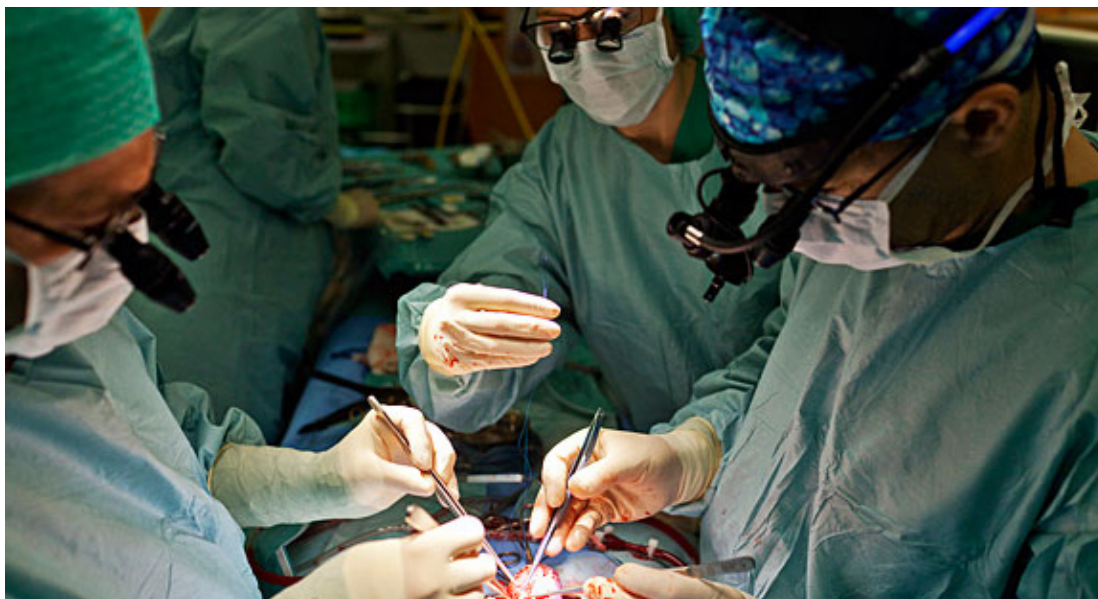
3. Angst vor Arbeitsplatzverlust und Sozialabstieg

Die Zuwanderung von gut qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verändert auch die Si-

tuation auf dem Arbeitsmarkt sowie in den Betrieben und Institutionen. Die Zahl von ausländischen Mitarbeitenden ist unübersehbar geworden und nimmt laufend zu. Immer mehr Unternehmungen, Spitäler und Hochschulen werden von ausländischen Chefs geleitet, was psychologisch nicht immer einfach zu verkraften ist.

Damit wächst die Angst, dass die Schweizer auf dem Arbeitsmarkt verdrängt werden und dass die schlechter qualifizierten Schweizer Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt herausfallen. Bis jetzt ist diese Angst noch nicht real, in den Statistiken ist das nicht belegt.

Diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt schlägt sich auf die Diskussion über das Bildungswesen nieder, da der Verdacht aufkommt, dass unsere Jungen durch zu hohe Hürden von der höheren Bildung abgehalten werden, so dass für qualifizierte Stellen Ausländer zum Zuge kommen, die einen einfacheren Zugang zu Matura und Universität hatten. Letztlich geht es um die Frage, ob unser Berufsbildungssystem und unser Bildungssystem überhaupt genügt, um dieser Herausforderung gewachsen zu sein.



Neben Unternehmungen und Hochschulen werden auch immer mehr Spitäler von ausländischen Chefs geleitet. Fast 2000 ausländische Ärzte liessen sich 2012 in der Schweiz akkreditieren.

4. Angst vor teurerem Wohnen und sozialer Abspaltung

Der starke Bevölkerungsanstieg in verschiedenen Grossregionen der Schweiz (Zürich, Winterthur, Basel, Bern, Genfersee) erhöht den Druck auf den Wohnungsmarkt, was unweigerlich steigende Preise und Spekulation zur Folge hat, denen vor allem die weniger gut verdienende Schweizer ausgesetzt sind. Dies wiederum führt zu einer Verschiebung der Wohnbevölkerung und einer starken Veränderung der sozialen Zusammensetzung in gewissen Gemeinden und Stadtquartieren. Das Ge-

spenst einer Trennung (Segregation) von «normalen Schweizern» und reichen Ausländern wird vielerorts Wirklichkeit und hat Auswirkungen auf die Besetzung von Milizämtern oder die Befindlichkeit grösserer Teile der Bevölkerung. Es greift eine Verlierermentalität um sich. Die Gefahr vor dem sozialen Abstieg wird daher vor allem im Wohnen für viele sehr real.

Verstärkt werden diese negativen Gefühle durch die Beobachtung, dass viele der Einwanderer nicht gewillt sind, sich am neuen Wohnort zu integrieren, ja oft genug noch ihre Kinder ins nahe Ausland zur Schule schicken.

Dringlichkeit noch nicht erkannt

Die Haltung der Politik

Die offizielle Politik – sprich Bund und die meisten Kantone und Gemeinden – scheinen diese Probleme und dieses Unbehagen immer noch nicht genügend ernst zu nehmen. Im besten Fall sind einzelne Aspekte erkannt worden, nicht jedoch die vielen Zusammenhänge und damit die ganze Tragweite. Das Feld ist vielmehr von verschiedenen politischen Gruppierungen besetzt worden. Die eine Partei hat eine Initiative «gegen die Masseneinwanderung» eingereicht, die sich klar gegen die Personenfreizügigkeit richtet und damit die Bilateralen Beziehungen mit der EU gefährdet. Eine andere Partei sieht das Heil in der Verschärfung der flankierenden Massnahmen zuungunsten des liberalen Arbeitsrechts. Eine überparteiliche Gruppierung hat eine radikale Initiative zu massiven Einschränkungen des Bevölkerungswachstums eingereicht, die Ecopop-Initiative. Alle diese drei Antworten auf die Herausforderungen zielen leider nicht auf das Ganze ab und setzen wichtige Säulen der Schweizerischen Volkswirtschaft aufs Spiel.

Die Haltung der Unternehmerschaft

Die Unternehmer haben sich lange Zeit nicht um diese Herausforderung gekümmert, weil ihnen ganz andere Themen vermeintlich näher liegen, wie beispielsweise die Energieversorgung oder die Regulierungsdichte. Die Wirtschaftsverbände wiederum verschanzen sich hinter den Vorteilen der Personenfreizügigkeit für die Volkswirtschaft infolge der Möglichkeit, die dringend notwendigen Fachkräfte in einem grösseren Arbeits-

markt zu finden sowie durch das Wirtschaftswachstum infolge der grösseren Nachfrage nach Gütern aller Art, namentlich im Bausektor. Zudem scheint die Bereitschaft vieler Unternehmer gesunken zu sein, sich mit langfristiger Perspektive um die gesellschaftlich-politischen Belange in unserem Lande zu kümmern, ausser wenn es um die Wahrung direkter Interessen geht.

Gefahr der Ablehnung: Angst und Unbehagen ernst nehmen

In der jetzigen Diskussion überwiegen vor allem Angst und Unbehagen. Diese Angst betrifft verschiedene Bereiche, vor allem die Arbeitsplatzsicherheit, den sozialen Status, das Unbehagen die Einengung des Lebensraums, den Verlust der Selbstbestimmung und der vertrauten Umgebung. Es herrscht zudem die Angst vor, der Entwicklung ausgeliefert zu sein. Alle diese Ängste sind verständlicherweise nachvollziehbar und müssen ernst genommen werden. Deshalb ist eine sachliche Auseinandersetzung dringend nötig. Wichtig ist, dass man die heiklen Fragen direkt anspricht und den Handlungsspielraum absteckt, den die Schweiz hat, um die Folgen und Auswirkungen aufzufangen und abzufedern. Nur so kann der Bevölkerung geholfen werden, ihre Ängste und Vorbehalte abzubauen und die Entwicklung mehr als Chancen zu erkennen statt als Gefahr zu fürchten. Wenn sich unsere Wirtschaft und unsere Behörden nicht endlich dieser Herausforderungen annehmen, wächst die Zustimmung für die extremen Positionen, was sich dann bei Abstimmungen auswirkt.



Immer mehr Menschen, immer mehr Autos mit ausländischen Kontrollschildern, und des öfters ein Verkehrskollaps auf neuralgischen Strassenabschnitten. Das sorgt nicht nur für grossen Ärger, sondern auch für einen immensen volkswirtschaftlichen Schaden.

Tatsachen – hausgemachte und importierte Probleme

Jede sachliche Diskussion gebietet, dass man sich der Realität stellt und eine differenzierte Beurteilung vornimmt, damit man den Handlungsbedarf feststellen und den Handlungsspielraum festlegen kann. Bei den Folgen der Personenfreizügigkeit gilt dies auch. Es gilt dabei zu bedenken:

- Die Volkswirtschaft der Schweiz gehört zu den höchstentwickelten der Welt. Sie ist global so vernetzt wie kaum eine andere. Sie ist so gross, dass sie ihren Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften und Führungspersonen unmöglich im eigenen Land decken kann, auch bei einer Intensivierung der Bildungsanstrengungen. Die Schweizer Wirtschaft ist daher auf ausländische Fachkräfte dringend angewiesen, die Personenfreizügigkeit ist ein gutes Instrument dafür. Zudem kann die Volkswirtschaft mit der Einwanderung ökonomische Einbrüche besser abfedern und die Arbeitsplatzsicherheit für alle erhöhen.
- Einseitiges Wirtschaftswachstum: Es sind vor allem das Gesundheits- und Sozialwesen, das Bildungswesen und die Finanzdienstleistungswesen, die ein überproportionales Wachstum aufweisen. Und gerade hier steigen die Anforderungen an die berufliche Qualifizierung. Demgegenüber stagniert die produzierende Industrie, die traditionelle Wirtschaft, was sich auf die betreffenden Berufe auswirkt. Die Lohnschere beispielsweise zwischen einem ausgebildeten Schlosser und einem Juristen oder Volkswirt wird immer grösser.
- Lange nicht die ganze Einwanderung und somit das ganze Bevölkerungswachstum ist auf die Personenfreizügigkeit zurückzuführen. Nach wie vor stammt

ein namhafter Teil der Immigranten aus Drittstaaten und von Familiennachzügen. Die damit verbundenen Problematiken bleiben bestehen und sind von dieser Diskussion nicht berührt.

- Viele Wachstumsprobleme sind hausgemacht: Es waren und sind die Schweizer, die ihren Bedarf an Wohnfläche in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich ausgebaut haben und oft den Weg aus den Städten hinaus gesucht haben und somit für den Siedlungs-brei verantwortlich sind («Hüslisierung» der Schweiz), es sind auch die Schweizer, welche ihre Mobilitätsansprüche gesteigert haben, vor allem in der Freizeit. Allerdings muss hier angeführt werden, dass die Verschiebung der Wohnbevölkerung weg von den Arbeitsplätzen infolge Wohnungsmangel und hohen Wohnungspreisen in der Nähe der Arbeitsplätze den Pendlerverkehr fördert.
- Der Fachkräftemangel ist auch teilweise hausgemacht. Es sind Schweizer Politiker, welche aus Spargründen die Ausbildung von Medizinern einem rigorosen Numerus clausus unterworfen haben, so dass viele fähige junge Schweizer diesen Beruf nicht erlernen können. Gleiches gilt für weitere Berufe auf Hochschul- und Fachhochschulstufe, wo man immer wieder verkappte Studienplatzbeschränkungen antrifft – just in Bereichen, wo ausländische Arbeitnehmer dominieren (zum Beispiel im Gesundheitswesen)! Ins gleiche Kapitel gehört die ungenügende Förderung des akademischen Nachwuchses an unseren Hochschulen. Im weiteren haben verschiedene Branchen – vorwiegend aus Prestige Gründen – die Anforderungen angehoben und akademisiert, so dass ein künstlicher Mangel erzeugt wird.

Handlungsbedarf und Handlungsspielraum: Wer ist gefordert?

Handlungsbedarf in der Gesellschaft

Angesprochen sind alle: Jeder interessierte Zeitgenosse muss sich mit dieser Herausforderung auseinandersetzen. Gefordert sind hier der **Bundesrat**, der seine Führungsverantwortung übernehmen und die Diskussion anstossen muss. Gefordert sind aber auch die **gesellschaftlichen Organisationen**, die **Parteien** und die **Unternehmer**, die wieder realisieren müssen, dass sie nicht losgelöst von der gesellschaftlichen Befindlichkeit wirken dürfen. Weiter muss aber auch die Bevölkerung realisieren, dass die Landressourcen der Schweiz limitiert sind und damit die Ansprüche an Wohnraum und Mobilität nicht beliebig gesteigert werden können. Gefragt ist der persönliche Einsatz eines jeden Bürgers (als Citoyen), sich engagiert in die politische Willensbildung einzubringen.

Handlungsbedarf auf dem Arbeitsmarkt

Die **Arbeitgeber** müssen vermehrt in Bildung und Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden investieren, damit das Potenzial an einheimischen Arbeitskräften besser ausgeschöpft wird. Weiter sind Strukturen zu schaffen, damit es den gut qualifizierten **Frauen** erleichtert wird, besser am Berufs- und Wirtschaftsleben teilzunehmen. Es sollen auch Anreize geschaffen werden, Schweizer Arbeitnehmer nicht durch billigere Ausländer zu ersetzen – bei gleicher Qualifikation notabene. Gefordert sind hier die **Arbeitgeberorganisationen**.

Die **Berufsorganisationen** sollen ihre Anforderungen an die Berufsleute überprüfen: Nicht überall, wo eine akademische Ausbildung verlangt wird, ist diese auch sinnvollerweise gerechtfertigt.

Handlungsbedarf in der Bildung

Hier ist der Zugang zur Maturität zu überprüfen, vor allem in jenen Regionen, wo infolge der starken Einwanderung der Druck auf die Mittelschulen überproportional gross ist (zum Beispiel im Kanton Zürich). Weiter sind Studienplatzbeschränkungen in Mangelberufen aufzuheben oder zu minimalisieren. Das duale Berufsbildungssystem ist dahingehend zu überprüfen, dass die Qualifikationen kompatibel gemacht werden mit ausländischen Standards, damit ausländische Arbeitgeber die Schweizer Arbeitnehmer besser und gerechter einstufen können. Wichtig ist die Gleichbehandlung der höheren Berufsbildung und der Fachhochschulen. Gefordert sind hier die **Eidgenössische Erziehungsdirektorenkonferenz**, das **Staatssekretariat** für Bildung, Forschung und Innovation sowie die **Arbeitgeberorganisationen**. Wir müssen letztlich gleich lange Spiesse für Schweizer Arbeitskräfte schaffen.

Handlungsbedarf in der Raumplanung

In der Raumplanung ist dringend grenzüberschreitend zu handeln. Die Kantone müssen noch mehr zusammenarbeiten, um Wohnzonen dort zu erstellen, wo auch die Arbeitsplätze sind. Es ist falsch, einen Wirtschaftsstandort zu fördern, ohne gleichzeitig dafür zu

sorgen, dass die Arbeitnehmer in der Nähe auch wohnen können. Eine der Ursachen der Mobilität besteht darin, dass das Wohnungsangebot in der Nähe der Arbeitsplätze zu knapp und damit zu teuer ist. Weiter sind die Ausdehnung der Bauzonen in die Vertikale zu fördern, statt in die Horizontale.

Gefordert sind hier **Bund, Kantone**, aber auch die **Gemeinden**, die von ihrem Streben nach Einfamilienhauszonen für vermeintlich gute Steuerzahler abrücken müssen und endlich lernen sollten, über ihre Grenzen hinauszuschauen und zu planen.

Handlungsbedarf im Bereich Infrastruktur

Hier sind die neuralgischen Engpässe mit Hochdruck zu beheben, sowohl in der Strasseninfrastruktur als auch beim öffentlichen Verkehr. Eine Erhöhung der Mobilitätskosten ohne gleichzeitige Anstrengungen bei der Raumplanung wäre falsch. Das würde vor allem die schlecht bezahlten Arbeitskräfte treffen!

Gefordert sind hier alle Beteiligten am Verkehr, also **Bund und Kantone** und etwas weniger auch die **Gemeinden**. Es kann nicht sein, dass die für unser Volkswirtschaft so wichtigen Verkehrsadern chronisch verstopft sind.



Handlungsbedarf besteht im Bereich Infrastruktur: Die neuralgischen Engpässe müssen mit Hochdruck behoben werden – dazu gehört beispielsweise die Lückenschliessung der nach wie vor nicht durchgehenden Zürcher Oberlandautobahn zwischen Uster und Hinwil, die für den Regierungsrat trotz eines ablehnenden Entscheides des Bundesgerichtes nach wie vor eine hohe Priorität hat.

Im Wohnungswesen

Die Konzentration der Zuwanderung auf drei bis vier Regionen der Schweiz erhöhen in diesen den Druck auf relativ günstigen Wohnraum, respektive auf den Wohnraum, den eine Mehrheit der Bevölkerung noch für bezahlbar hält. Darum müssen in diesen Räumen mehr Wohnungen gebaut werden, die einerseits nicht allzu weit von den eigentlichen Arbeitsplätzen zu liegen kommen und gleichzeitig für die Menschen als bezahlbar taxiert werden.

Gefordert sind alle in Frage kommenden Bauträger, die **privaten Anleger**, die **Genossenschaften** sowie die **öffentliche Hand**. Gerade letztere kann vor allem im Zuverfügungstellen von Bauland nützlich sein.

Den Wohnungsbau allein dem Kapital zu überlassen, birgt die Gefahr in sich, dass aus Spekulationsgründen die Wohnungspreise stark steigen. Andererseits fördern kommunale und genossenschaftliche Wohnbauten das Besitzstandsgarantiendenken und hemmen Innovationen und Weiterentwicklungen.



Der starke Bevölkerungsanstieg in verschiedenen Grossregionen der Schweiz, zum Beispiel Zürich, erhöht den Druck auf den Wohnungsmarkt.

Fazit

Der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz auch in diesen schwierigen Zeit beruht auf mehreren Faktoren, insbesondere aber auf der Personenfreizügigkeit und dem Steuerwettbewerb unter den Kantonen. Die Personenfreizügigkeit ermöglicht es der hoch entwickelten Schweizer Wirtschaft, die grosse Zahl von gut und hochqualifizierten Fachkräften zu rekrutieren, welche innerhalb die einheimische Bevölkerung nicht ausreichend rekrutiert werden können.

Diese Zuwanderung von gut qualifizierten Arbeitskräften stärkt die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und sorgt damit für direktes Wachstum, jedoch auch für indirektes Wachstum. Dies durch eine gesteigerte Nachfrage nach Wohnraum, Gütern und Dienstleistungen aller Art. Der Steuerwettbewerb unter den Kantonen verbessert das gesamtschweizerische Steuerklima und steigert die Effizienz der Staatstätigkeit – insgesamt wirkt sich das sehr positiv auf Investitionen aus dem In- und dem Ausland aus.

Die Personenfreizügigkeit – vor allem in der Form ei-

ner massiven Einwanderung und damit eines grossen Bevölkerungswachstums – hat aber auch zahlreiche Folgen, die von weiten Teilen der Bevölkerung als zunehmend negativ empfunden werden. Die enorme Bautätigkeit, die zu einer Zubetonierung von weiten Flächen und Grüngebieten führt und der zunehmende Verkehr auf Strasse und Schiene weckt Enge- und Überfremdungsgefühle und droht, die positiven Seiten zu verdrängen. Wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diese Säulen der Volkswirtschaft nicht gefährden wollen, müssen sie das Unbehagen und die Ängste ernst nehmen und den ihnen zur Verfügung stehenden Spielraum ausnutzen, um dort aktiv zu werden, wo Handlungsbedarf besteht, auch wenn dabei Neuland betreten werden muss.

Viele Politiker sehnen sich nach grossen Aufgaben und propagieren deswegen eine Olympiakandidatur der Schweiz. Die Bewältigung der Folgen der Personenfreizügigkeit wäre eine reale, sinnvolle und nachhaltige Aufgabe: Packen wir sie an!



Stiftung
LILIENBERG
Unternehmerforum

- Einmaliges unternehmerisches Netzwerk
- Ort der Begegnung, des Gesprächs und der Bildung
- Denkplatz für Konferenzen, Seminare und Tagungen

Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit Kanton Zürich

Der Lilienberg ist eine unabhängige Plattform, Gedankenaustausch zwischen allen Bereichen der Gesellschaft, namentlich zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Geeigneter Ort, um Herausforderungen unvoreingenommen ruhig, sachlich, objektiv und ganzheitlich zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen. Die Stiftung Lilienberg Unternehmerforum hat mit dem Zyklus «Die Folgen der Personenfreizügigkeit», eine Idee von Bruno Sauter, Chef des Amtes für Wirtschaft und

Arbeit des Kantons Zürich, aufgegriffen. Der Zyklus wurde dann in enger Zusammenarbeit mit dem Amt konzipiert und durchgeführt.



Kanton Zürich
Volkswirtschaftsdirektion
Amt für Wirtschaft und Arbeit



Herausgeberin

Lilienberg Unternehmertum
Industriestrasse 1
CH-8340 Hinwil
Telefon +41 44 938 70 00
Fax +41 44 938 70 99
info@lilienberg.ch
www.lilienberg.ch

Konzeption und Text:

Christoph Vollenweider, Leiter Unternehmertum

Produktion und Layout:

Stefan Bachofen

Druck:

Christian Walker, Repro Ferag AG